

Niederschrift über die öffentliche Sitzung (Nr. 14/19-23) des Fachausschusses „Verkehr“ am Mittwoch, den 01.02.2023, 18.00 Uhr bis 19.45 Uhr im Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Str. 4, 28279 Bremen

Anwesende:

FA-Mitglieder: Gesine Becker (i.V.), Kurt Danisch, Stefan Faber, Klaus Sager, Gerd Schmidt, Ewald Stehmeier, Frank Seidel (nicht stimmberechtigt), Ulf Nummensen (nicht stimmberechtigt)

Fehlend: Peter Erlanson

Gäste: Herr Klüsing (Verkehrssachbearbeiter Polizeirevier Obervieland), Frau Schluroff (Schulleitung Grundschule Habenhausen), Herr Sonnenburg (Schulleitung Oberschule Habenhausen), Vertreter:innen der Presse und interessierte Bürger:innen

Sitzungsleitung: Michael Radolla (Ortsamt Obervieland)

Protokoll: Theodor Dorer (Ortsamt Obervieland)

Der Sitzungsleiter begrüßt die Ausschussmitglieder und Teilnehmer:innen im Sitzungssaal, in der Sitzungskonferenz sowie im Livestream und eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt. (6 Ja-Stimmen)

TOP 2: Vorstellung des neuen Verkehrssachbearbeiters am Polizeirevier Obervieland

Herr Klüsing stellt als neuer Verkehrssachbearbeiter für Obervieland vor. Er sei seit November des vergangenen Jahres in dieser Funktion und habe diese zuvor lange Jahre im Polizeirevier Neustadt ausgeübt. Der Sitzungsleiter heißt ihn herzlich im Stadtteil willkommen.

TOP 3: Bunnsackerweg: Mögliche Maßnahmen im Straßenzug im Hinblick auf Schulwegsicherung

Frau Schluroff und Herr Sonnenburg erläutern eingangs die Situation vor Ort. Der Verkehr im Bunnsackerweg in Höhe der beiden Schulen haben aus ihrer Sicht erheblich zugenommen. Dieser resultiere einerseits aus dem vor rund 10 Jahren neu errichteten und benachbarten Wohnquartier Deichland, werde andererseits aber auch durch Eltern verursacht, die ihre Kinder morgens bis direkt vor das Schulgelände fahren wollen. Bisherige Maßnahmen, wie z.B. das Anschreiben der Eltern mit der Bitte, den Bunnsackerweg im Zuge dieser Hol- und Bringverkehre nicht zu befahren, seien leider nicht erfolgreich gewesen. Auch ein Antrag auf Anordnung eines temporären Haltverbots im Bereich der Schulen sei vom Amt für Straßen und Verkehr abgelehnt worden.

Gleichzeitig sei der Fußweg im Bereich der Schulen sehr schmal. Bereits heute würden sich insbesondere in der Zeit zwischen 8.00 und 9.00 Uhr rund 1.000 Schüler:innen dort bewegen. Im Hinblick auf die Planungen im Zuge der Schulstandortplanung 2030 (Ausbau der Oberschule von 4 auf 6 Züge, Umsetzung Ganztagsbetrieb für die Grundschule) werde sich diese Zahl künftig noch deutlich erhöhen. Neben den Schulplanungen sei auf dem Gelände zudem noch eine bis zu 6-gruppige Kita geplant, die ebenfalls Kfz- und Fußgängerverkehre generieren werde.

Man schlage daher vor, die vorhandenen Parkstreifen zwischen Baumhauser Weg und Deichland zu entfernen und gleichzeitig den Gehweg auf diese Fläche zu erweitern. Es gebe in diesem Bereich praktisch keine direkten Anlieger und die Parkplätze würden überwiegend für die Abstellung gewerblicher Fahrzeuge (Sprinter) genutzt.

Zu Beginn der anschließenden Diskussion berichtet **Herr Stehmeier** von einem bereits durchgeführten gemeinsamen Ortstermin, an dem der Ortsamtsleiter, der Verkehrssachbearbeiter der Polizei, die Schulleitungen und er selbst teilgenommen hätten. Dabei seien verschiedene Varianten gedanklich durchgespielt und diskutiert worden. Der Rückbau der Parkstreifen sei dabei insbesondere wegen der zu erwartenden hohen Kosten für die Umsetzung, aber auch hinsichtlich der Notwendigkeit einiger Baumfällungen weitgehend kritisch eingeschätzt worden. Alternativ sei daher die Wegnahme der Begrenzungshecke an der

Schulgrundstücksgrenze zur Verbreiterung des Gehweges vorgeschlagen worden. Auf diesem Wege könnten zusätzliche 50 cm Gehweg erreicht werden. Auch für diese Maßnahme könnte das Verfahren durchaus kompliziert sein (u.a. Grundstücksabtretung Schule an Amt für Straßen und Verkehr), die Kosten würden aber vermutlich deutlich geringer als beim Rückbau der Parkstreifen ausfallen.

Im weiteren Diskussionsverlauf werden aus dem Ausschuss und dem Kreis der Besucher:innen folgende mögliche weitere Maßnahmenansätze benannt:

- Zuwegung zu den Schulen alternativ über die Lunser Straße unter Zukauf privater Grundstücksflächen in diesem Bereich ausbauen (finanzieller Aufwand aber vermutlich nicht darstellbar)
- Bunnsackerweg (z.B. mit Pfählen) in diesem Bereich für den Durchgangsverkehr sperren (modaler Filter)
- Ausweisung des Bunnsackerwegs als Einbahnstraße
- Verkehrszählung zu den Hauptverkehrszeiten als Grundlage für Maßnahmenbewertungen

Der anwesende Schulelternsprecher der Grundschule weist ergänzend nochmals auf die zeitlich beschränkte Problematik, insbesondere zu Schulbeginn und Schullende, hin. Aus seiner Sicht sollten daher in erster Linie temporäre Maßnahmen in den Fokus genommen werden. Größerer baulicher Aufwand (mit gleichzeitig hohen Kosten der Umsetzung) könnten so weitgehend vermieden werden.

Der Sitzungsleiter schlägt abschließend vor, zum Sachverhalt recht kurzfristig eine weitere Sitzung unter Beteiligung des Amtes für Straßen und Verkehr vorzusehen, um die heute vorgebrachten Vorschläge unter verkehrsrechtlichen Gesichtspunkten sowie Unterhaltungs- und Kostenaspekten gemeinsam erörtern zu können.

Die Ausschussmitglieder unterstützen diesen Vorschlag übereinstimmend. Die Sitzung soll vor Ort in der Oberschule Habenhausen stattfinden.

TOP 4: Kirchweyher Weg: Behinderung Fußgänger durch parkende Fahrzeuge (Bürger:inneneingabe)

Zwei Bürger (regelmäßige Nutzer des Kirchweyher Weges) berichten, dass die Nebenanlagen aufgrund parkender Fahrzeuge oft nicht durchgehend begehbar seien. Die vorhandenen Pfähle stünden zu weit auseinander und seien teilweise auch nicht mehr vorhanden, so dass PKW zum Parken auch auf den Bereich der Nebenanlage ausweichen könnten. Die Fußgänger seien somit gezwungen, ihrerseits auf die Fahrbahn auszuweichen, was wiederum bei Dunkelheit eine latente Gefahr im Zusammenhang mit dem Fließverkehr darstellen. Zudem befänden sich die Nebenanlagen in einem baulich schlechten Zustand. Ein Kompromiss könnte möglicherweise sein, die Seite in Fahrtrichtung Emtinghauser Weg für die Fußgängernutzung konsequent freizuhalten und den Weg in der anderen Fahrtrichtung (ist in einem baulich erheblich schlechteren Zustand) zum Parken freizugeben.

Aus dem Ausschuss wird darauf hingewiesen, dass sich im Kirchweyher Weg aufgrund von gewerblichen Nutzungen in der Nachbarschaft das Parkaufkommen in den vergangenen Jahren stark erhöht hat. Dafür würden auch vermehrt die Nebenanlagen (wo dies aufgrund fehlender Absperrung möglich sei) in Anspruch genommen. Eine Verbesserung ließe sich ausschließlich über eine durchgehende und lückenlose Abpfählung des Straßenzuges erreichen. Es wird vorgeschlagen, hier dem Vorschlag der Antragsteller zu folgen und dies lediglich für Seite Fahrtrichtung Emtinghauser Straße vorzusehen. Daneben sollten dieser Bereich für die gefahrlose Nutzung durch Fußgänger einer Oberflächensanierung unterzogen und Grundstückseigentümer (über den zuständigen Kontaktpolizisten) aufgefordert werden, auswuchernde Begrenzungshecken, die in den Bereich der Fußgänger hineinwachsen, entsprechend zurückzuschneiden.

Herrn Faber beantragt abschließend, auf der Seite Fahrtrichtung Emtinghauser Weg die Nebenanlage so herzurichten, dass sie von Fußgängern gefahrlos genutzt werden kann und diesen Bereich auf gesamter Länge des Straßenzuges so abzupfählen, dass das Parken auf den Nebenanlagen damit verhindert wird.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, im Kirchweyher Weg die Nebenanlage auf der rechten Straßenseite (in Fahrtrichtung Soester Straße/Emtinghauser Weg) so herzurichten, dass sie von Fußgängern gefahrlos genutzt werden kann. Des Weiteren soll die Nebenanlage mit Hilfe einer durchgehenden Aufstellung von Pollern von parkenden Fahrzeugen freigehalten werden.

Begründung:

Aktuell müssen Fußgänger aufgrund der schlechten Beschaffenheit der Anlage und auf der Anlage parkender Fahrzeuge sehr häufig die Fahrbahn mitbenutzen. Dies stellt im Hinblick auf den Fließverkehr eine latente Gefahr für die Fußgänger dar. (Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

TOP 5: Soester Straße: Mögliche Beleuchtung Stichweg in Richtung KGV „Lebensfreude Kattenesch e.V.“ (Bürger:inneneingabe)

Ein Anlieger des Bereichs erläutert anhand entsprechender Fotoaufnahmen, dass dieser Weg in der Verbindung von der Soester Straße zum Grünzug Kattenescher Fleet (und weiter in Richtung Kattenturmer Zentrum) eine wichtige und häufig genutzte Wegeverbindung zwischen Kattenesch und Kattenturm darstelle. Aufgrund fehlender Beleuchtung liege der Weg in den Abendstunden jedoch völlig im Dunklen. Er bitte daher den Beirat, seinen Wunsch auf Einrichtung von öffentlicher Beleuchtung an diesem Weg zu unterstützen.

Die Ausschussmitglieder können diese Forderung übereinstimmend nachvollziehen und der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, am Stichweg an der Soester Straße (in Richtung KGV „Lebensfreude Kattenesch e.V.“ und Grünzug Kattenescher Fleet) eine öffentliche Beleuchtung zu errichten.

Begründung:

Die Wegeverbindung über diesen Stichweg und den Grünzug Kattenescher Fleet stellt von Kattenesch aus eine sehr wichtige fußläufige Wegeverbindung in den Kattenturmer Zentrumsbereich dar und sollte daher beleuchtet werden. (Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

TOP 6: Arster Heerstraße (zwischen Autobahnbrücke und Autobahnzubringer Arsten): Mögliche Einrichtung eines Streckengebots 30 km/h (Bürger:inneneingabe)

Einer der Antragsteller erklärt, die Einrichtung des Streckengebots 30 km/h von der Josef-Böhm-Straße bis zur Autobahnbrücke habe mittlerweile dazu geführt, dass Autofahrer ab dem Ende des Streckengebots in Höhe der Brücke bewusst beschleunigen würden, was in der Folge zu Lärmbelastungen und Verkehrsfährdungen im nachfolgenden Bereich führe. Er bitte den Beirat daher darum, eine Ausweitung des Streckengebots 30 km/h für die gesamte Arster Heerstraße zu unterstützen.

Herr Stehmeier weist auf zwei Messzeiträume mit der beiratseigenen Messtafel in den vergangenen fünf Jahren (zuletzt vor zwei Jahren) hin. Im Zuge dieser Messungen waren jeweils keine signifikanten Geschwindigkeitsübertretungen erkennbar gewesen.

Herr Faber schlägt in Anlehnung an diesen Hinweis vor, zunächst eine erneute Messung im benannten Bereich vorzunehmen und deren Ergebnisse dann in eine abschließende Bewertung einfließen zu lassen.

Der Ausschuss schließt sich diesem Vorschlag übereinstimmend an. Nach Auswertung der Messergebnisse soll eine erneute Befassung im Ausschuss vorgesehen werden.

TOP 7: Pfarrfeldsweg: Möglicher Abbau Grünpfeil in Fahrtrichtung Friedrich-Engels-Straße (Bürger:inneneingabe)

Eine Bürgerin erläutert den Ausschussmitgliedern die verkehrliche Situation in der Örtlichkeit. Für Fahrzeuge aus dem Pfarrfeldsweg kommende in Richtung Friedrich-Engels-Straße sei an der Lichtzeitanlage im Kreuzungsbereich ein Grünpfeil (Beschilderung) angebracht. Das Besondere an diesem Kreuzungsbereich sei dabei die Tatsache, dass Halte- und Sichtlinie relativ weit auseinanderlägen. Dies führe offenbar dazu, dass Autofahrer bereits an der Haltelinie stark auf die weiter vorn liegende Sichtlinie fokussiert seien, was im Bereich der Haltelinie regelmäßig zu Konflikten mit Radfahrern und Fußgängern führe, die bei grünem Signal den Pfarrfeldsweg queren wollen. Sie bitte den Beirat daher, einen Rückbau der Grünpfeilbeschilderung an dieser Stelle zu unterstützen.

Aus dem Ausschuss wird gefragt, ob diese Kreuzung als Unfallschwerpunkt bekannt sei. Herr Klüsing hat dazu keine konkreten Informationen, hält Grünpfeilbeschilderungen daneben jedoch für generell verzichtbar.

Herr Danisch bestätigt die Beobachtungen der Bürgerin aus eigener Erfahrung.

Herr Sager beantragt daraufhin die Entfernung der Grünpfeilbeschilderung, Herr Faber dagegen, vor einer endgültigen Entscheidung zunächst die Unfallstatistik für den Kreuzungspunkt auszuwerten.

Der Sitzungsleiter lässt zunächst über den weitergehenden Antrag von Herrn Faber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-, 3 Nein-Stimmen (Ablehnung bei Stimmengleichheit)

Anschließend lässt der Sitzungsleiter über den Antrag von Herrn Sager abstimmen und der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Fachausschuss Verkehr des Beirates Obervieland fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, den Grünpfeil an der Lichtzeichenanlage Pfarrfeldsweg (in Richtung Friedrich-Engels-Straße zeigend) ersatzlos zurückzubauen.

Begründung:

Aufgrund der an dieser Stelle offenbar schwierigen Sichtverhältnisse (Haltelinie und Sichtlinie ca. 20 Meter voneinander entfernt) kommt es dort wiederholt zu gefährlichen Begegnungen zwischen dem Kfz-Verkehr (der bei Rotlicht den Grünpfeil nutzen möchte) und Radfahrern (die den Pfarrfeldsweg bei Grün queren möchten). (Mehrheitliche Zustimmung, 3 Ja-, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 8: Maßnahmen zur Finanzierung/Umsetzung aus dem Stadtteilbudget des Beirates bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau/SKUMS: Sichtung und ggfs.

Empfehlung von Umsetzungsvorschlägen

Der Sitzungsleiter teilt mit, eine der neuen Wegeverbindungen zwischen Gartenstadt Werdersee und Fellendsweg („Grüner Finger“) treffe an einem Punkt auf den Fellendsweg, an dem auf der gegenüberliegenden Seite ein weiterer Verbindungsweg in Richtung Pickacker verlaufe. Allerdings endet der Weg aus der Gartenstadt Werdersee derzeit unvermittelt vor einem Briefkasten und einer mit einem Bord umrandeten Rasenfläche. Eine Querung an dieser Stelle werde somit deutlich erschwert. Das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) habe angeboten, in diesem Bereich eine wassergebundene Decke anzulegen und den Briefkasten einige Meter seitlich zu versetzen. Die Kosten dafür würden sich auf rund 6.000,00 € und das ASV bitte in diesem Zusammenhang den Beirat um Übernahme der Kosten aus seinem verkehrlichen Stadtteilbudget.

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt dem Beirat, für diese Maßnahme 6.000,00 € aus dem Stadtteilbudget der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zuzustimmen. (Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

TOP 9: Verschiedenes ./.

gez. Radolla
Sitzungsleitung

gez. Stehmeier
stellv. Ausschusssprecher

gez. Dorer
Protokoll